

## **Zum Aktionsprogramm NRW**

*Der Landesparteitag beschloss am 12. & 13. Mai 2007 in Witten folgenden Antrag von Jürgen Klute (Stadtverband Herne-Crango) zum Aktionsprogramm DIE LINKE. NRW:*

Wir begrüßen die Vorlage des landespolitischen Aktionsprogrammes „Neue Perspektiven für NRW“. Insbesondere entsprechen die bündnispolitischen Aussagen dem Leitantrag der WASG. Die Kritik der Landesregierungen von Schwarz-Gelb und Rot-Grün markiert die klare Trennungslinien zu unserer Politik und zeigt deutlich die Unterschiede zu einer progressiven Interpretation der Landesverfassung auf. In den Mittelpunkt unserer landespolitischen Arbeit stellen wir den Schutz der Arbeitenden Menschen und und der Ausgegrenzten. Insbesondere in der Bildungs- und Familienpolitik entscheidet sich die Lebenslage von Frauen und Einwanderern.

Überarbeitungswürdig erscheinen die Teile zum Thema Einwanderung. Sie konzentrieren sich zu stark auf die Arbeitsmigranten. Der Schutz von hier lebenden Flüchtlingen, die Verbesserung der Lebensbedingungen hier lebender Flüchtlinge und eine menschenwürdige Neuregelung des Bleiberechts für Flüchtlinge, die bereits seit mehreren Jahren in NRW leben und sich hier mit ihren Familien ein neues Leben aufgebaut haben, müssen stärker thematisiert werden.

Im Teil über die Arbeitslosigkeit sollte neben den richtigen Positionen zur sofortigen Verbesserung der Lage der Arbeitslosen stärker herausgestellt werden, worin unsere grundsätzliche Position besteht und wie wir uns die Zukunft vorstellen. Wir verweisen dazu auf den entsprechenden Abschnitt in den programmatischen Eckpunkten. Dort wird als Alternative zu Hartz IV (Hartz IV muss weg) gefordert: Bedarfsorientierte, repressionsfreie soziale Grundsicherung; zumutbare Arbeitsangebote müssen die Qualifikation berücksichtigen und tariflich bezahlt sein; Ablehnung von Zwangsarbeit.

So lange die Forderung "Hartz IV muss weg" nicht durchgesetzt ist, ist von Kommunen und Land zu fordern, die 1-€-Jobs grundsätzlich durch reguläre Arbeitsverhältnisse im Rahmen der sog. Entgeltvariante zu ersetzen. Ebenso ist von den Kommunen und den ARGEN zu fordern, grundsätzlich auf Zwangsumzüge zu verzichten. Kommunen und ARGEN haben den rechtlichen Spielraum, diese Forderungen im Interesse der ALG-II-EmpfängerInnen – ggf. mit finanzieller Unterstützung des Landes – schon jetzt umzusetzen.

Im Kulturpolitischen Teil sollte deutlich werden, dass der Sozialstaat eine ebenso große zivilisatorische und kulturelle Errungenschaft darstellt wie die Werke von Beethoven oder Heine. In der Auseinandersetzung um die "Kulturhauptstadt Ruhr 2010" muss deshalb die Sicherung der materiellen und ökologischen Lebensgrundlagen in den Vordergrund gerückt werden. Dies beinhaltet u.a. eine soziale und ökologische Stadtentwicklung. Dies beinhaltet aber auch, kulturpolitische Forderungen bezüglich der Beteiligung hiesiger Kunst-, Kultur- und Medienschaffenden an dem Projekt Kulturhauptstadt 2010 ebenso zu präzisieren wie kulturpolitische Forderungen bezüglich der Verbesserung der sozialen und der Arbeitsbedingungen der Kunst-, Kultur- und Medienschaffenden in NRW.

Der Abschnitt „Privat geht nicht vor Staat – Eine andere Ordnungspolitik ist nötig“ sollte auch Bezug nehmen auf die bundesweite Dachkampagne der Linken, die im Herbst 07 anlaufen soll, und auf die Privatisierungswatchingstelle, die aufgebaut wird.

Der Abschnitt „Die Umwelt erhalten und gestalten“ sollte u.a. das Thema Feinstaub aufnehmen und die Überlegungen, die die Linksfraktion im RVR dazu gegenwärtig entwickelt. Ebenso sollte dieser Abschnitt das Thema Steinkohle aufnehmen und ggf. die Ergebnisse der Kohlekonferenz der Linken, die am 17. Mai 07 in Herne stattfindet.

*Jürgen Klute gehört zu den Gründern der **Sozialistischen Linken** und ist Parteivorstandsmitglied*

<http://www.sozialistische-linke-nrw.de>